

an	BAD	VDF	SE	BW	BT	dodis.ch/55077
Datum	13.7	1607				2504
Von	BRS	W	SE			82
EDA	13.07.90					15
Ref.	A.C. 41. 280. 2. 31.					



Bundesamt für Aussenwirtschaft
Office fédéral des affaires économiques extérieures
Ufficio federale dell'economia esterna

3003 Bern,
Bundeshaus Ost 6. Juli 1990

Ø 031/61
26 48

Ihr Zeichen
Votre signe
Vostra sigla

Unser Zeichen
Notre signe
Nostra sigla 756.2.7 - ine

- Direktion für Völkerrecht, EDA, Bern
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, EDA, Bern
- Bundesamt für Justiz, EJPD, Sektion Obligationenrecht, Bern
- Eidg. Steuerverwaltung, EFD, Bern
- Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, EDI, Bern
- Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern
- Kartellkommission EVD, Bern
- Büro für Konsumentenfragen, Bern
- Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins, Zürich
- BIGA, EVD, Bern
- Zentralverband Schweiz. Arbeitgeberorganisationen, Zürich
- Bundesamt für Konjunkturfragen, EVD, Bern
- Schweiz. Bankiervereinigung, Basel
- Vereinigung Schweiz. Industrie-Holdinggesellschaften, Bern
- Direktion für internationale Organisationen, EDA, Bern
- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA, Bern

Bericht über die Sitzungen der Arbeitsgruppen CIME und das OECD-Seminar über Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa, Paris, 19. - 22. Juni 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Arbeitsgruppe "Internationale Investitionen und multinationale Unternehmen" setzte sich im Rahmen der "Conflicting Requirements" mit einer vom Sekretariat verfassten Studie über das Nationalitätsprinzip als Anknüpfungspunkt für extraterritoriale Rechtsan-



wendung auseinander. Die zahlreichen und teilweise kritischen Ausführungen der Mitgliedstaaten zu den einzelnen Passagen der Studie zeigten, dass über diesen Problembereich alles andere als einhellige Meinung besteht. Einig war man sich in der Arbeitsgruppe hingegen darüber, dass das im Zusammenhang mit dem Inländerbehandlungsinstrument zu verabschiedende Verzeichnis der länderspezifischen Ausnahmen schon jetzt bereinigt werden soll. Damit könnte die Verabschiedung des gesamten Instruments - voraussichtlich nächsten Frühling - in einer einzigen Etappe erfolgen.

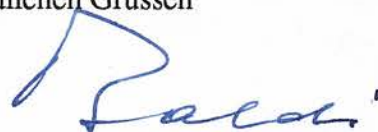
BT
(Rechts-
nahme
des
Instrumentes)

In der Arbeitsgruppe "Guidelines" wurde diskutiert, wie die Leitsätze für multinationale Unternehmen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden könnten. Die vom Sekretariat vorgeschlagene Idee eines Seminars wurde grundsätzlich positiv aufgenommen; die Arbeitsgruppe will indessen die Art und Weise, wie die "Guidelines" besser bekannt gemacht werden könnten, zunächst in der Novembersession des CIME behandeln.

Das neu gegründete "Center for Cooperation with the European Economies in Transition" der OECD veranstaltete gemeinsam mit dem CIME sein erstes Seminar, dies mit rund 80 Teilnehmern aus den OECD-Staaten sowie den Reformländern aus Mittel- und Osteuropa, mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien. Vertreten waren neben Regierungen und internationalen Organisationen auch Wirtschaft und Gewerkschaften. Die wichtigsten Ergebnisse des zweitägigen Seminars über Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa lassen sich folgendermassen zusammenfassen: primäre Aufgabe der Reformländer ist es, die nötigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ausländische Investoren ein stabiles, klares und voraussehbares "Investitionsklima" vorfinden; internationale Kooperation in Form von bi- und multilateralen Instrumenten kann diese Bestrebungen unterstützen, sie aber nicht ersetzen. Besonders hervorgehoben wurde die eminent wichtige Rolle der technischen Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung zahlreicher Berufsgattungen sowie der Beratung beim Aufbau des gesamten Dienstleistungs- und Infrastrukturnetzes.

Als Beilage erhalten Sie den zusammenfassenden Bericht über die Sitzungen und das Seminar.

Mit freundlichen Grüßen



M. Baldi

Kopie an:

- Schweiz. Delegation bei der OECD, Paris (2)
- Schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Ständige Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, New York
- Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf
- Schweiz. Botschaften in: Ankara, Athen, Berlin DDR, Bonn, Brüssel, Budapest, Canberra, Dublin, Den Haag, Helsinki, Kopenhagen, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Oslo, Ottawa, Paris, Prag, Rom, Stockholm, Tokio, Warschau, Washington, Wellington, Wien
- Dienst für allgemeine Aussenwirtschaftsfragen OECD, sti
- Dienst für Welthandelsfragen - GATT, was
- Dienst für Entwicklungsfragen, jag
- Dienst für internationale Industriefragen, her
- Dienst für Freihandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (Integrationsbüro EDA/EVD) kel
- blf, ari, jek, pur, bal
- maz, lem, ine,
wic (Zirk.)

**Bundesamt für Aussenwirtschaft
Dienst für internationale Investitionsfragen**

Arbeitsgruppe "Internationale Investitionen und multinationale Unternehmen"

In seiner Sitzung vom 19. Juni befasste sich der Ausschuss über internationale Investitions- politik ¹ mit der Sekretariatsstudie "Nationalitätsprinzip als Anknüpfungspunkt für extraterritoriale Rechtsanwendung" (DAFFE/IME/89.12), welche einer ersten detaillierten Prüfung unterzogen wurde. Da im allgemeinen bemängelt wurde, die Studie sei zu theoretisch verfasst und gebe zu wenig Aufschluss über die Praxis der Staaten auf dem Gebiet der extraterritorialen Rechtsanwendung, wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, diesbezügliche Beiträge bis Ende August dem Sekretariat zukommen zu lassen. Die USA, Kanada, Grossbritannien sowie eine Vielzahl weiterer Staaten konnten sich mit mehreren Abschnitten der Studie nicht einverstanden erklären, weshalb das Sekretariat beauftragt wurde, die Studie zuhanden der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe in Oktober zu überarbeiten.

Obwohl das Inländerbehandlungsinstrument noch nicht erfolgreich abgeschlossen worden ist, befasste sich die Arbeitsgruppe mit dem Verzeichnis der länderspezifischen Ausnahmen von der Inländerbehandlung (DAFFE/IME/90.7). Der Ausschuss möchte diesen Ausnahmekatalog parallel zu den weiteren Verhandlungen über das Inländerbehandlungsinstrument bereinigen, so dass die formelle Verabschiedung des Instruments voraussichtlich nächsten Frühling in einer einzigen Etappe erfolgen kann. Jeder Mitgliedstaat hat zuhanden des Sekretariats bis zum 1. September dieses Jahres seine Liste der Ausnahmen zu überarbeiten und zu vervollständigen und dem heutigen Stand anzupassen.

Arbeitsgruppe "Leitsätze für multinationale Unternehmen"

Die Arbeitsgruppe "Leitsätze für multinationale Unternehmen" ² diskutierte über den Vorschlag des Sekretariats, Ende November 1990 ein Symposium über das Guidelines-Kapitel "Beschäftigung und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern" zu veranstalten (DAFFE/IME/90.4). Die diesem Vorschlag zugrunde liegende Idee, die Leitsätze für multinationale Unternehmen einem breiteren Publikum bekanntzumachen, stiess auf rege Zustimmung. Sowohl Zeitpunkt wie auch Thema wurden hingegen in Frage gestellt. Die Arbeitsgruppe folgte dem Vorschlag folgenden Inhalts ihres Präsidenten:

- Das Sekretariat verfasst zuhanden der Session des CIME im November einen Bericht über Massnahmen zur breiteren Streuung und besseren Bekanntmachung der Leitsätze. Dieser Bericht kann auch Vorschläge enthalten über mögliche Seminarveranstaltungen

-
- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Schweizerische Delegation: | R. Lempen, BAWI
T. Borer, DV, EDA (teilweise)
M.-G. Ineichen-Fleisch, BAWI |
| 2. | Präsident der Arbeitsgruppe:
Schweizerische Delegation: | Botschafter M. Baldi, Vizedirektor, BAWI
R. Lempen, BAWI
M.-G. Ineichen-Fleisch |

und die dabei zu behandelnden Themenbereiche. Das Sekretariat kann dabei die Beteiligung anderer OECD-Komitees vorschlagen.

- Seminar-Veranstaltungen sollten nicht einzelne Kapitel der Guidelines zum Gegenstand haben, sondern spezifische Problembereiche.
- Nach Behandlung dieser Fragen im CIME wird die Arbeitsgruppe im nächsten Frühjahr einen definitiven Vorschlag verabschieden.

Seminar über Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa

Das neu gegründete "Center for Cooperation with the European Economies in Transition" der OECD veranstaltete zusammen mit dem CIME ein zweitägiges Seminar über Direktinvestitionen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas. Die rund 80 Teilnehmer stammten aus den OECD-Staaten und den mittel- und osteuropäischen Staaten, ohne Bulgarien und Rumänien. Anwesend waren sowohl Delegierte von Regierungen und diversen internationalen Organisationen als auch Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften.

Das Schwergewicht der Diskussion lag anfänglich bei der Frage, wie der **Uebergang einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft** zu vollziehen sei. Dabei wurde ein breiter Fächer von Strukturreformen genannt, wie die Privatisierung staatlich geführter Unternehmen, die Einführung des freien Preismechanismus, die Entwicklung juristischer Rahmenbedingungen im Bereich des Eigentums- und Steuerrechts sowie des Rechnungswesens, die Schaffung eines sozialen Sicherheitsnetzes, die Verbesserung des Umweltschutzes sowie die Bildung einer geeigneten Infrastruktur im Transport-, Kommunikations-, Banken- und Versicherungswesen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass den Reformstaaten die nötigen Ressourcen - sei es an Kapital, Technologie oder Menschen - fehlen. Hilfe sei umso mehr nötig, als es klare Hinweise gibt, dass die Einführung einer Marktwirtschaft auf einmal - in einer Schock-Therapie - mehr Erfolg verspricht als ein jahrelanges, mühsames Anpassen.

Ausländische Investitionen stellen nach Ansicht der Delegierten ein sehr nützliches und brauchbares Mittel zur Förderung des Strukturwandels dar. Die heutige Erfolgsbilanz liesse sich anzahlmässig zwar sehen (zwischen 1200 und 1600 Joint Ventures mit westlicher Beteiligung je in Ungarn, Polen, der UdSSR und der DDR), aber kapitalmässig seien die meisten dieser Unternehmen sehr klein oder reine Verkaufsgesellschaften. Unbedingt benötigte Investitionen fehlten noch in zentralen Bereichen wie im Dienstleistungssektor und auf anderen Gebieten, die ein grosses Ausmass an Technologie und Knowhow erfordern.

Mehrere **Bedingungen** müssten erfüllt sein, damit ausländische Investitionen herangelockt werden. Das "Investitionsklima" müsse einmal **stabil** sein; dies beinhalte das Vorhandensein eines rechtlichen Rahmens, einer kohärenten Handelspolitik, sowie eines dauerhaften politischen Systems. Im weiteren müsse dieses Klima **klar** und **voraussehbar** sein und ausländische Investoren dürften nicht mit besonderen Bedingungen rechnen müssen. Steuerliche oder anders geartete Anreize wurden von der Mehrzahl der Teilnehmer als weitgehend unnötig, kostspielig und marktverzerrend bezeichnet.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Reformstaaten zunächst intern die Rahmenbedingungen den neuen Zielen anzupassen hätten, dass aber dabei **internationale Zusammenarbeit**

und Unterstützung einen wichtigen Beitrag leiste. Diese könne vielfältiger Ausgestaltung sein: von der Zurverfügungstellung bilateraler (Abschluss von Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommen) und multilateraler (Anwendung der OECD-Liberalisierungskodizes und der Leitsätze für multinationale Unternehmen) Instrumente zur Förderung des Investitionsklimas und der Unterstützung durch multilaterale Finanzinstitute zur technischen Kooperation. Letztere sollte Ausbildungsprogramme für Unternehmer und für andere Arbeitskräfte, sowie für ganze Berufsgattungen wie Bücher- und Steuerexperten, Ingenieure und Informatiker, Bankiers und Anwälte umfassen. Angesichts des riesigen Nachholbedarfs in fast allen Bereichen, werde eine Prioritätssetzung unumgänglich sein. Auch dabei könnten internationale Institutionen eine wichtige beratende Rolle spielen. Beratung werde auch zweckmässig sein bei der Identifizierung günstiger Geschäftsgelegenheiten. Heute werden z.B. in Grossbritannien Prüfungen der Durchführbarkeit von Projekten in den mittel- und osteuropäischen Ländern vom Staat finanziert.

Beratung und Schulung sei auch in anderen Bereichen von eminenter Bedeutung, so beim Aufbau des Infrastrukturnetzes, des juristischen Rahmens und des Beziehungsnetzes der Sozialpartner sowie beim Aufstellen von Umweltschutzprogrammen und makro- sowie mikroökonomischen Grundsätzen. Mehrmals wurde von den Teilnehmern aus den Reformstaaten hervorgehoben, dass jedes dieser Länder mit teilweise sehr spezifischen Problemen konfrontiert sei. Auch hier bieten sich mannigfaltige Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützung.

Auf dem Gebiet der **Dienstleistungen** - in den meisten Industriestaaten der grösste Wirtschaftssektor - seien ausländische Direktinvestitionen besonders vonnöten. Dabei stünden neben den finanziellen Mitteln insbesondere technisches und organisatorisches Know-how im Vordergrund. Die Entwicklung der Wirtschaft sei abhängig von funktionierenden Kommunikations- und Transportinfrastrukturen, Finanz- und Versicherungsmärkten sowie Handels- und Vertriebsmechanismen. Die Konsumenten hätten einen grossen Nachholbedarf an Kultur, Unterhaltung und Tourismus, sowie im Bereiche des Gesundheits- und Ausbildungswesens. Ausländische Hilfe sei je nach Bereich mehr oder weniger sinnvoll, aber sogar beim Aufbau eines Verwaltungssystems könne westliche Erfahrung nützlich sein.

Ein erster Schritt besteht in den meisten Reformländern nun darin, die riesigen Staatsmonopole aufzuteilen und zu **privatisieren**. Dabei stellte Polen sein Modell vor: die besten Unternehmen würden zuerst verkauft. Käufer dieser Betriebe seien die polnische Öffentlichkeit (welche durch steuerliche Vergünstigungen und Möglichkeit der Ratenzahlung zum Kauf von Anteilscheinen gewonnen werden soll), die Angestellten, die heute noch nicht existierenden institutionellen Anleger und ausländische Investoren.

Die OECD mit ihrem "Center for Cooperation with the European Economies in Transition" sieht ihre Rolle als **Koordinations- und Beratungsstelle** vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.



M.-G. Ineichen-Fleisch